



Kantonale Verwaltung: Wo Dreisprachigkeit draufsteht, ist sie nicht immer drin.
Bild Gian Ehrenzeller / Keystone

Bündner Zeitung, 18.9.2020

Italienischbünden will bald Taten sehen

Die Bündner Volksvertreter und die Pro Grigioni Italiano sind nicht zufrieden mit der Förderung der italienischen Sprache in Graubünden. Sie fordern zusätzliche Anstrengungen des Bundes.

von Hans Peter Putzi

Mit 68,8 Millionen Franken will der Bundesrat in den nächsten vier Jahren den Austausch zwischen den Sprachregionen fördern. 70 Millionen mit dem Verweis auf zusätzliche 1,2 Millionen Franken für das Rätoromanische sprachen dieser Tage National- und Ständerat. Erhöht hat das Parlament die Mittel zur Förderung der rätoromanischen Sprache auf Antrag der Bündner Vertreterin Sandra Locher Benguerel.

Doch die Bündner Nationalrätinnen und -räte sind damit noch nicht zufrieden. Sie erwarten in Zukunft auch eine bessere Förderung von Italienischbünden durch den Bund. Erneut zieht SP-Frau Locher Benguerel den Karren. Sie reichte vergangene Woche eine entsprechende Interpellation ein. Der Titel: «Wie weiter mit der Unterstützung des Bundes für die italienische Sprache in Graubünden?» Unterzeichnet ist der Vorstoss auch von Martin Candinas (CVP), Anna Giacometti (FDP), Magdalena Martullo (SVP) und Jon Pult (SP).

Unterstützung ungenügend

Locher Benguerel begründet ihr Vorpreschen mit einem Bericht des Zentrums für Demokratie Aarau. Der Bericht wurde 2019 mit dem Titel «Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur im Kanton Graubünden» veröffentlicht. Gemäss der Studie muss die Unterstützung des Bundes zugunsten der Minderheitensprachen in Graubünden neu ausgerichtet werden. Sprich, bisher genügt sie nicht.

Unter anderem müsse die Präsenz der italienischen Sprache in Graubündens öffentlichen Verwal-

tungen verstärkt werden. «Eine Italienisch sprechende Person hat das Recht, mit der Verwaltung oder in den Spitälern Italienisch sprechen zu können und Antworten in italienischer Sprache zu erhalten.» Eine Tatsache, die bis heute nicht umgesetzt sei. «Noch ist die Gleichbehandlung der italienischsprachigen Minderheit nicht gewährleistet.» Darum spricht Locher Benguerel von «grossem Handlungsbedarf».

«Nicht da, wo wir sein sollten»

Freude an Benguerels Initiative zeigt die Organisation Pro Grigioni Italiano. Deren Präsident Franco Milani sagt auf Nachfrage, die Diskussion werde auch Signalwirkung in Graubünden selber haben. «Zudem wird sie in Bern darauf hinweisen, dass die italienische Sprache nicht nur im Tessin gesprochen wird», so Milani. Auch er stellt klar: «Wenn man Graubünden mit anderen mehrsprachigen Kantonen vergleicht, sind wir noch nicht da, wo wir sein sollten.» Milani fordert auch vom Kanton selbst gesteigerte Bemü-

hungen für die italienische Sprache. Er erwähnt als Beispiel die Website der Spitäler: «Auf der das Angebot nur in deutscher Sprache aufgeführt ist, sogar beim Kantonsspital oder beim Spital einer dreisprachigen Region wie jenem im Oberengadin.»

Benguerel ihrerseits erwähnt die Perspektive, auch ausserhalb Graubündens in den öffentlichen Schulen Italienisch reden und lernen zu können: «Dies ist bisher nur vereinzelt möglich, sollte aber zumindest in den grossen Schweizer Städten angeboten werden.» Sie wünscht sich zudem eine bessere Förderung der italienischsprachigen Medien in Graubünden.

Bundesrat muss antworten

Die Realisierung mehrsprachiger Schulen ausserhalb Graubündens wünscht sich auch Milani. Er spricht von einem «breiteren immersiven Sprachunterricht oder mindestens einer verbindlicheren Förderung einer ersten nationalen Fremdsprache während der obligatorischen Schulzeit».

Die Nationalrätinnen und -räte wollen vom Bundesrat wissen, ob und mit welchen Massnahmen er den Service public des Kantons Graubünden zugunsten der italienischen Sprachminderheit fördern will. Und mit Blick auf mehrsprachige Schulen fragen sie, wie der Bund gedenkt, die nicht in Graubünden lebenden italienischsprachigen Bündnerinnen und Bündner zu unterstützen.

«Noch ist die Gleichbehandlung der italienischsprachigen Minderheit nicht gewährleistet.»

Sandra Locher Benguerel
Bündner SP-Nationalrätin

Schüleraustausche für besseres Verständnis der Bündner Sprachminderheiten

Die Bündner Nationalrätin **Sandra Locher Benguerel** forderte im Nationalrat dieser Tage zehn nicht budgetierte Millionen im Kulturbudget für die nächsten vier Jahre. Damit sollen **Klassen- und Schüleraustausche innerhalb der Schweiz und der Sprachregionen** gefördert und intensiviert werden.

«Dies im Sinne der Strategie ‘Austausch und Mobilität’ des Bundes», wie Locher auf Anfrage

ausführt. Es sei ein zentrales Anliegen des Bundes, solche Austauschmöglichkeiten auf Sekundarstufe II und Tertiärstufe zu stärken. Also für Schüler- und Lehrerschaft der Berufsbildung, Universitäten und übrigen Hochschulen. «Dieser Austausch zwischen den verschiedenen Sprachregionen trägt wesentlich zum Erhalt der Sprachminderheiten bei», sagt die SP-Vertreterin. Sie verweist auch auf ein

gesteigertes gegenseitiges Verständnis für die kulturellen Besonderheiten dank solcher Massnahmen. **Als einziger Kanton mit drei Landessprachen profitiert Graubünden besonders von solchen Austauschen.** Dafür müssten laut Locher Benguerel aber genügend Mittel bereitgestellt werden. «Die vom Bundesrat vorgesehenen 2,5 Millionen Franken pro Jahr genügen nicht», mindestens fünf

müssen es laut der Präsidentin der Bündner Lehrerpersonen jährlich sein. Der Nationalrat lehnte das zusätzliche Begehren der Churer Bildungspolitikerin ab – nicht so der Ständerat. Die kleine Kammer will im Kulturbudget des Bundes tatsächlich 80 statt 70 Millionen für «Sprachen und Verständigung» festschreiben, wie er am Mittwoch beschloss. Nun wird erneut der Nationalrat darüber befinden. (hape)